

Expertenworkshop

Neue EU-Governance im Energiesektor – Was können wir von den Projekten von gemeinsamem Interesse (PCI lernen?

Bericht

Dr. Camilla Bausch, Ennid Roberts, LL.M.

1. Juli 2014

Inhaltsverzeichnis

1	Zusammenfassung	1
2	Hintergrund	4
3	Leitfragen	4
4	Diskussionsergebnisse.....	4
4.1	Beitrag der Projekte von gemeinsamem Interesse zu grenzüberschreitender Kooperation.....	5
4.2	Transparenz, Beteiligung, Beschleunigung	5
4.3	Europäisierung des Denkens	6
5	Ausblick.....	7
6	Annex 1: Auswahl von Workshop-Präsentationen.....	8
7	Annex 2: Programm.....	9
	Expertenworkshop.....	9
	Leitfragen.....	9
	Programm	10

I Zusammenfassung

Am 1. Juli 2014 veranstaltete das Ecologic Institut einen Experten-Workshop zum Thema „Neue EU-Governance im Energiesektor – Was können wir von den Projekten von gemeinsamem Interesse (PCI) lernen?“. Gut zwei Dutzend Teilnehmer, darunter Vertreter der EU und nationaler Ministerien, von Regulierungsbehörden, Forschungseinrichtungen, Wirtschaft und Rechtsanwaltskanzleien, tauschten sich aus über Erfahrungen mit und Ideen zu europäischer Rahmensetzung im Bereich der Strominfrastruktur, regionaler grenzüberschreitender Kooperation sowie Projekten von gemeinsamem Interesse (PCIs). Dabei wurden die damit verbundenen Herausforderungen und Chancen sowie Lehren für die Fortentwicklung der aktuellen Vorschläge der EU-Kommission zu einer neuen europäischen Energie-Governance post 2020 diskutiert.

Die Diskussionen konzentrierten sich auf eine Reihe ausgewählter Fragen. Hierzu gehörten Fragen zur grenzüberschreitenden Koordination, Kooperation und Kostenverteilung, zur Finanzierung von PCI-Projekten und Möglichkeiten, öffentliche Akzeptanz zu fördern. Darüber hinaus wurden strukturelle Probleme und Defizite in Bezug auf die Identifizierung und anschließende Auswahl der PCIs und Möglichkeiten zur Verbesserung regionaler Kooperationsansätze und –foren diskutiert.

Wichtige Diskussionsergebnisse

Die nachfolgenden Ausführungen spiegeln Meinungen und Überlegungen einzelner oder mehrerer Expertinnen und Experten, nicht aber eine Ansicht der Gruppe als Ganzes wider.

Der Governance-Ansatz für die Identifizierung und Umsetzung der PCIs ist Teil eines noch sehr jungen Prozesses. Dieser ist noch zu jung, um abschließend Rückschlüsse und Empfehlungen für die neue EU-Governance im Energiesektor zu entwickeln. Anstatt dessen können z.B. Erfahrungen mit anderen regionale Kooperationsforen wie dem Europäischen Netz der Übertragungsnetzbetreiber (ENTSO-E) oder der North Seas Countries' Offshore Grid Initiative (NSCOGI) in den Blick genommen werden. Darüber hinaus stechen auch hinsichtlich der PCIs bereits jetzt einige bemerkenswerte Aspekte ins Auge: So bedeuten die erforderlichen institutionellen Reformen eine Herausforderung für alle Beteiligten, deren Bewältigung Zeit und Aufwand auf nationaler und subnationaler Ebene verlangt. Darüber hinaus werden bereits Potenziale für Verbesserungen des Prozesses deutlich, zum Beispiel mit Blick auf die Transparenz der Entscheidungsfindung, auf Mitwirkungsrechte der Bevölkerung sowie eine Intensivierung regionaler Koordination und Kooperation.

Zu den von den Teilnehmern identifizierten positiven Aspekten regionaler Kooperation gehören:

- **Regionale Kooperation fördert Verständnis:** Die verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit in verschiedenen regionalen und europäischen Foren sowie der grenzüberschreitende Ansatz der PCIs haben das Verständnis der Beteiligten für Perspektiven von anderen Mitgliedstaaten und der EU gestärkt. So können z.B.

regionale Gruppen im Rahmen des ENTSO-E dazu beitragen, nationale Perspektiven der Beteiligten aufzubrechen und durch europäische Aspekte zu bereichern.

- **Regionale Ansätze können rein nationalen oder europäischen Ansätzen überlegen sein:** Der Netzausbau profitiert von kohärenteren regionalen Ansätzen und Anforderungen. Gleichzeitig erlaubt der regionale Ansatz – z.B. die Zusammenarbeit im Bereich der Nordsee-Anrainerstaaten, spezifische Besonderheiten und Herausforderungen besser zu berücksichtigen als dies bei einem gesamteuropäischen Ansatz möglich wäre.
- **Weitere Förderung von Zusammenarbeit könnte ökonomische und technische Potenziale freisetzen:** Dabei kann die Zusammenarbeit zwischen den Übertragungsnetzbetreibern weiter verbessert werden. Zu einer der eher langfristigen Visionen gehört die Einrichtung einer einheitlichen europäischen Regulierungsbehörde.
- **Akzeptanz als wichtiger Pfeiler für Projektumsetzung:** Governance-Ansätze können dazu beitragen, die öffentliche Akzeptanz der Vorhaben zu vergrößern (oder zu verringern). In diesem Zusammenhang ist auch die öffentliche Akzeptanz der gesetzten energiepolitischen Ziele als grundlegender Begründungszusammenhang selbst von entscheidender Bedeutung. Erläuterungen zu Gesundheitsfragen oder Naturschutzbedenken sowie eine frühzeitige Einbeziehung der Bevölkerung können das Verständnis für geplante Projekte verbessern. Transparenteren Prozesse und Mitwirkungsrechten der Bürger und der Zivilgesellschaft können zur Akzeptanz beitragen. Beteiligungsprozesse sollten zu einem frühen Zeitpunkt eingeleitet werden, auch um Rechtsstreitigkeiten und Gegen-Kampagnen zu verhindern.

Ferner benannten die Workshop-Teilnehmer offene Fragen und Herausforderungen:

- **Spannungsverhältnis zwischen Zielsetzungen:** Ein Spannungsverhältnis kann z.B. entstehen zwischen der beabsichtigten beschleunigten Genehmigungserteilung – welche als Vorteil bei PCIs angesehen wird – und einer stärkeren Beteiligung der Öffentlichkeit. Die geplanten 3,5 Jahre für die PCI-Umsetzung (2 Jahre für die Vor-Bewerbungsphase und 1,5 Jahre für das gesetzliche Genehmigungsverfahren) werden als ehrgeizig bis unrealistisch angesehen, vor allem, wenn die Beteiligung der Öffentlichkeit verstärkt werden soll.
- **Spannung zwischen nationalen und europäischen Interessen, politischer Zielsetzung und technischer Umsetzung:** Da die Mitgliedstaaten PCIs vorschlagen, die dann auf europäischer Ebene ausgewählt werden, werden Projekte, die aus europäischer Sicht von besonderer Bedeutung sind, möglicherweise nicht als Kandidaten nominiert. Die Vorschläge der Mitgliedstaaten sind nicht zwangsläufig im Einklang mit europäischen energiepolitischen Zielen. Auch die von Netzbetreibern etwa bei ENTSO-E entwickelten Szenarien reflektieren nicht notwendigerweise politische Zielsetzungen auf europäischer Ebene. Dabei fällt zusätzlich ins Gewicht, dass die langfristig notwendige Netzplanung oft nicht synchron läuft mit den oftmals kurzfristiger ausgelegten politischen Entscheidungsprozessen, so dass eine zeitgerechte politische Zielsetzung für die Infrastrukturentwicklung fehlt (wie sich etwa mit Blick auf die politischen 2030 Energieziele und die Entwicklung des Ten-Year Network Development Plan (TYNDP) zeigt).

- **Kosten-Aufteilung:** Einige Teilnehmer hoben hervor, dass es zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen ausreichend klaren Ansatz für die grenzüberschreitende Aufteilung der Kosten für PCIs gebe.
- **Innovationspotential:** Einige der PCIs sind nicht so innovativ wie erhofft und wären ohnehin implementiert worden.
- **Kohärenz der Arbeit europäischer Foren:** Regionale ENTSO-E-Gruppen sind untereinander nicht ausreichend koordiniert. Es gibt keine Regeln, die für alle gelten; daher sind bestimmte Prozesse und Ergebnisse nicht harmonisiert und vergleichbar. Hier könnte man durch vereinheitlichte Vorgaben und Ansätze Fortschritte erreichen.

2 Hintergrund

Die EU-Kommission hat im Januar 2014 Vorschläge für ein Klima- und Energiepaket bis 2030 vorgelegt. Teil des Pakets ist ein europäisches Erneuerbare-Energien-Ziel, das verbunden wird mit einem Vorschlag für eine neue Governance im Energiesektor. Hiernach sollen die Mitgliedsstaaten nationale Energiepläne in Konsultation mit ihren Nachbarstaaten erstellen. Die Pläne sollen dabei auch Infrastrukturvorhaben, z. B. neue Interkonnektoren, umfassen. Außerdem wird grenzüberschreitende Kooperation gefordert.

Eine institutionalisierte Form grenzüberschreitender Kooperation beim europäischen Infrastrukturausbau sind die Projekte von gemeinsamem Interesse (PCIs). Diese sollen helfen, die Energiemärkte physisch zu integrieren. Darüber hinaus sollen sie dazu beitragen, etwa Stromnetze so auszubauen, dass sie den zunehmenden Mengen erneuerbarer Elektrizität gerecht werden. Die Umsetzung der PCIs soll durch beschleunigte und erleichterte Planungs- und Genehmigungsverfahren, mehr Transparenz sowie ggf. finanzielle Unterstützung im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“ erleichtert werden. Im Oktober 2013 wurde die erste PCI-Liste veröffentlicht. Sie umfasst auch Stromnetz-Projekte mit deutscher Beteiligung im Nord- und Ostseebereich.

3 Leitfragen

Der Workshop widmete sich den folgenden Leitfragen zur Bedeutung der neuen EU-Governance im Energiesektor:

- Welche konkreten Erfahrungen konnten bei PCI-Stromprojekten z.B. in der Nord- und Ostsee gesammelt werden? Wird das Ziel erreicht, Regulierungs- und Finanzierungshürden zu überwinden? Kann die Governance zur Akzeptanzverbesserung bei der Projektimplementierung beitragen?
- Welche strukturellen Defizite bestehen bei der Bestimmung, Auswahl und Implementierung von PCI-Projekten?
- Welche Lehre kann man daraus für regionale Kooperation und die neue EU-Energie-Governance ziehen? Bietet die PCI-Governance hilfreiche Ansatzpunkte für eine zielfördernde Kosten-Nutzenverteilung im Rahmen einer regionalen Kooperation, die für die EU-Energie-Governance beispielhaft sein könnten?

4 Diskussionsergebnisse

Da der Workshop unter der Chatham-House-Regel durchgeführt wurde, werden die Ergebnisse hier nur überblicksartig zusammengefasst. Die Ausführungen spiegeln Meinungen und Überlegungen einzelner oder mehrerer Teilnehmerinnen und Teilnehmer wider, nicht aber die Ansicht der Gruppe als Ganzes.

4.1 Beitrag der Projekte von gemeinsamem Interesse zu grenzüberschreitender Kooperation

PCIs betreffen mindestens zwei Mitgliedstaaten. Die Projekte sollen wirtschaftlich und sozial sowie hinsichtlich umweltrelevanter Belange verträglich sein. Die Projekte sollen von einem beschleunigten Genehmigungsverfahren profitieren und ggf. finanzielle Unterstützung erhalten. Ein weiterer von den Workshop-Teilnehmern genannter Vorteil ist der Beitrag der Projekte zu einer verbesserten grenzüberschreitenden Kooperation und Kommunikation.

Allerdings ist die grenzüberschreitende Kosten-Nutzen-Verteilung weiter diskussionswürdig. Grundsätzlich müssen nationale Regulierer eine Entscheidung über die Kostenverteilung treffen. Wenn dieser Prozess stockt, wird die Entscheidung von der Agency for the Cooperation of Energy Regulators (ACER) getroffen. In der Theorie hört sich die Kosten-Aufteilung sehr einfach an. Tatsächlich aber – so einige Workshop-Teilnehmer – sind Nutzen und Kosten mitunter sehr ungleich verteilt, und es stelle sich die Frage, wie Nutzen adäquat ermittelt werden können. Wenn 90% des Vorhabens in einem Mitgliedsstaat liegt, könne jedenfalls die Kostenaufteilung nicht 50-50 betragen.

Von Teilnehmern wurde außerdem hervorgehoben, dass eine Lösung dafür gefunden werden müsse, dass regionale Gruppen in europäischen Vereinigungen wie ENTSO-E unterschiedliche Agenden und Methoden haben. Die regionalen Gruppen erstellen Modelle für die Entwicklung regionaler Märkte und Netzwerke, um Kapazitätsengpässe sowie in einem nächsten Schritt Projekte zu identifizieren, die die Engpässe überwinden können. Für diese Berechnungen in den jeweiligen Gruppen gibt es jedoch keine harmonisierten Modelle oder Regeln und es fehlen Qualitätsvorgaben für die Erfassung der relevanten Daten..Die Folge sind Ergebnisse, die nicht zwingend nachvollziehbar und nicht vergleichbar sind.

4.2 Das One-Stop-Shop-System

Nach dem One-Stop-Shop-System soll es für die Genehmigung der PCIs nur eine zentrale Anlaufstelle gibt. Dies soll die Implementierung der Projekte beschleunigen. In Deutschland ist die Bundesnetzagentur (BNA) die zentrale Anlaufstelle. Die BNA koordiniert die umfassende Entscheidung (gemäß Art. 8 Abs. 3 Satz 2 lit. c TEN-E VO). Sie überwacht die Einhaltung der Fristen und trifft Absprachen mit anderen Behörden.

Die Errichtung einer zentralen Anlaufstelle wurde von Workshop-Teilnehmern als Vorteil gesehen. Insgesamt beschleunigt dieses System die Entscheidungsfindung. Dennoch stellt sich die Frage, wann Schnelligkeit zum Problem wird, das auf Kosten anderer Aspekte – z.B. Umweltprüfung oder Bürgerbeteiligung in angemessenem Umfang – geht. Außerdem wurde während des Workshops hervorgehoben, dass die Umstellung auf das One-Stop-Shop-System Zeit brauche, da Abteilungen aufgebaut und andere Zuständigkeiten aufgelöst werden müssten.

Ein weiterer kritischer Aspekt sei gegenwärtig, dass zuweilen Informationen über zentrale Anlaufstellen für die Genehmigung von PCIs in anderen Mitgliedstaaten fehlen würden. Die Zuständigkeitsverteilung ist nicht immer klar, was die Koordination in der Praxis erschwert.

4.3 Transparenz, Beteiligung, Beschleunigung

Grundsätzlich wurde es begrüßt, dass das PCI-System transparente Beteiligungsprozesse, d.h. Öffentlichkeitsbeteiligung während des Genehmigungsverfahrens, durch die regionalen Gruppen vorsieht. Es gibt verschiedene Zeitpunkte, zu denen sich eine Öffentlichkeitsbeteiligung anbieten - zur Zeit der Einreichung der Projekte, während der Arbeitsphase und/oder zum Ende hin, wenn über die PCI-Liste entschieden wird. Überwiegend wurde betont, dass die Öffentlichkeitsbeteiligung zu einem möglichst frühen Zeitpunkt eingeleitet werden müsse. Die Bevölkerung nehme Beteiligungsmöglichkeiten nur dann an und ernst, wenn sie zu einem Zeitpunkt stattfinden, an dem man das Gefühl habe, tatsächlich noch etwas beeinflussen zu können. Zu einem späten Zeitpunkt ist der praktische Einfluss gering und die Mitgliedstaaten sind dann eher nicht mehr bereit, Ansichten und Pläne anzupassen. Die frühzeitige Beteiligung ist auch sinnvoll, um Rechtsstreitigkeiten und Unstimmigkeiten zu vermeiden. Transparentere Prozesse und verbesserte Mitwirkungsrechten der Bürger und der Zivilgesellschaft können einen Beitrag zu größerer Akzeptanz leisten.

Für die Öffentlichkeit wurde gemäß Art. 18 TEN-E VO eine über das Internet leicht zugängliche Infrastruktur-Transparenzplattform eingeführt. Diese ist jedoch noch ausbaufähig und erfüllt nur die Mindest-Rechtsvoraussetzungen.

Die Teilnehmer betonten, dass die stärkere Beteiligung der Öffentlichkeit im Spannungsverhältnis zur beabsichtigten beschleunigten Genehmigungserteilung steht. Die vorgesehene Genehmigungsdauer von 3,5 Jahren ist sehr ambitioniert.

4.4 Regionaler Fokus und Europäisierung des Denkens

Insgesamt wurde betont, dass der Ansatz, Projekte auf der regionalen Ebene durchzuführen und zu diskutieren, hilfreich sei. Die sichere und effiziente Energieversorgung – z.B. die Versorgung mit Strom – ist oftmals ein regionales Problem. Eine gesamteuropäische Betrachtung erlaubt hier nicht, die regionalen Besonderheiten angemessen zu berücksichtigen. So kann z.B. die Zusammenarbeit im Bereich der Nordsee-Anrainerstaaten spezifische Besonderheiten und Herausforderungen besser zu berücksichtigen als dies bei einem gesamteuropäischen Ansatz möglich wäre. Selbst eine Perspektive auf „Westeuropa“ kann schon zu groß gedacht sein. Westeuropa deckt elf Mitgliedstaaten ab, die unterschiedliche Ausgangssituationen und regional-spezifische Probleme hätten. Aus solchen Gründen ist es besser, bei der Infrastrukturplanung regionale Perspektiven einzunehmen. Es ist sinnvoll, gezielt Untergruppen von Mitgliedstaaten zu schaffen, die dann ganz konkret ein Problem angehen.

Insgesamt haben die verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit in verschiedenen regionalen und europäischen Foren sowie der grenzüberschreitende Ansatz der PCIs das Verständnis der Beteiligten für Perspektiven von anderen Mitgliedstaaten und der EU gestärkt. So können z.B. regionale Gruppen im Rahmen des Europäischen Netzes der Übertragungsnetzbetreiber (ENTSO-E) dazu beitragen, nationale Perspektiven der Beteiligten aufzubrechen und durch europäische Aspekte zu bereichern. Nichtsdestotrotz, gibt es auch bei der Fortentwicklung der Institutionen Verbesserungspotenzial (siehe auch oben 4.1).

5 Bewertung und Ausblick

Weitgehende Einigkeit bestand dahingehend, dass die zugrunde liegende Idee der PCIs, dass EU-Projekte von besonderem Interesse gefördert werden, gut ist. Es ist von Vorteil, von einer rein nationalstaatlichen Denkweise weg zu kommen – dazu können PCIs, zusammen mit anderen Foren und Initiativen, einen Beitrag leisten. Dies kann helfen, übergeordnete EU-Ziele besser zu erreichen. Dies gilt umso mehr, als dass der Vorschlag der EU-Kommission zum 2030-Klima- und Energiepaket nur noch ein europäisches Ziel für den Ausbau von Erneuerbaren Energien (und keine nationalen Ziele) vorsieht.

Die durch das PCI-System geschaffenen Anreize können zudem Projekte möglich machen, die sonst nicht umsetzbar gewesen wären – selbst wenn es auch hier noch Verbesserungspotenziale gibt.

Dass es in der ersten Runde der PCIs noch Raum für Verbesserungen gebe, ist eine fast notwendige Folge solcher Neuerungen. Das Konzept steht noch am Anfang. Für die weitere Entwicklung des PCI-Ansatzes steht im Vordergrund, dass das Spannungsverhältnis zwischen Öffentlichkeitsbeteiligung und der Genehmigungsdauer angegangen, die Transparenz der PCI-Auswahl vergrößert, die Koordination zwischen beteiligten Behörden optimiert und Prozesse insgesamt harmonisiert werden müsse. Außerdem fehlt es noch an einer besseren Ausrichtung der Projekte an den europäischen Zielen (z.B. die sich entwickelnden 2030-Ziele). Die grundlegenden Entscheidungen sollten unter Einbeziehung und Leitung der politisch legitimierten Beteiligten sowie der politischen Zielsetzung im Klima- und Energiebereich gefällt werden. Unter diesem Blickwinkel sollten auch die bestehenden Strukturen kritisch überprüft werden.

Hinsichtlich der neuen EU Governance im Energiesektor und Lehren, die dahingehend aus PCIs im gegenwärtigen frühen Stadium gezogen werden können, bleibt festzuhalten, dass es bislang noch an Erfahrung fehlt, um abschließend Rückschlüsse und Empfehlungen zu entwickeln. Zwar gibt es schon Erfahrungen bei der Erstellung der Projektliste, jedoch fehlt es noch an weiterreichenden Erfahrungen bei der Implementierung. Es bietet sich daher für die Fortentwicklung auch der Governance an, Erfahrungen mit anderen regionalen Kooperationsforen wie z.B. ENTSO-E oder der North Seas Countries' Offshore Grid Initiative (NSCOGI) verstärkt in den Blick zu nehmen und die Frage der PCIs zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufzugreifen.

6 Annex I: Workshop-Präsentationen

- Implementing the Projects of Common Interest, Regulation on guidelines for trans-European energy infrastructure & Connecting Europe Facility, Olgerts Viksne, Europäische Kommission, GD Energy
Abrufbar unter:
http://www.ecologic.eu/sites/files/event/2014/01_viksne.pdf
- Projects of Common Interest in Deutschland, Marta Mituta, Bundesnetzagentur
Abrufbar unter:
http://www.ecologic.eu/sites/files/event/2014/02_mituta.pdf
- What can be learned from PCIs for a European Energy Governance?, Antina Sander, Renewable Grid Initiative
Abrufbar unter:
http://www.ecologic.eu/sites/files/event/2014/03_sander.pdf
- Neue EU-Governance im Energiesektor – Windkraft und Stromnetze im Kontext der EU Energiepolitik, Paul Wilczek, European Wind Energy Association
Abrufbar unter:
http://www.ecologic.eu/sites/files/event/2014/04_wilczek.pdf
- Neue EU-Governance im Energiesektor – Was können wir von den Projekten von gemeinsamem Interesse (PCI) lernen?, Rotraud Hänlein, Germanwatch
Abrufbar unter:
http://www.ecologic.eu/sites/files/event/2014/05_hanlein.pdf

7 Annex 2: Programm

Expertenworkshop

Neue EU-Governance im Energiesektor – Was können wir von den Projekten von gemeinsamem Interesse (PCI) lernen?

I. Juli 2014

Ecologic Institut, Pfalzburger Str. 43/44, 10717 Berlin

Leitfragen

- Welche konkreten Erfahrungen konnten bei PCI-Stromprojekten z.B. in der Nord- und Ostsee gesammelt werden? Wird das Ziel erreicht, Regulierungs- und Finanzierungshürden zu überwinden? Kann die Governance zur Akzeptanz-Verbesserung bei der Projektimplementierung beitragen?
- Welche strukturellen Defizite bestehen bei der Bestimmung, Auswahl und Implementierung von PCI-Projekten?
- Welche Lehren kann man daraus für regionale Kooperation und die neue EU-Energie-Governance ziehen? Bietet die PCI-Governance hilfreiche Ansatzpunkte für eine zielfördernde Kosten-Nutzenverteilung im Rahmen einer regionalen Kooperation, die für die EU-Energie-Governance beispielhaft sein könnten?

Programm

09.00 – 9.30	Ankunft der Teilnehmer/innen, Kaffee
09.30 – 09.45	Begrüßung, Projekthintergrund
09.45 – 10.45	<p>EU-Governance im Energiebereich und Projekte von gemeinsamem Interesse (PCIs) – Ziele, Verfahren, Status Quo sowie erste Erfahrungen in der Praxis und die Rolle bestehender regionaler Kooperationsforen</p> <p>Input: Olgerts Viksne, Abteilung B.1: Binnenmarkt I: Netz und regionale Initiativen, GD Energie, Europäische Kommission</p> <p>Input: Marta Mituta, Referat Beteiligung - Abteilung Netzausbau Bundesnetzagentur</p> <p>Q&A</p>
10.45 – 11.00	Kaffeepause
11.00 – 12.15	<p>PCI als good practice für grenzüberschreitende Vorhaben bzw. regionale Kooperationen zur Umsetzung europäischer Ziele? Was können wir aus PCIs für eine europäische Energie-Governance lernen?</p> <p>Input: Antina Sander, stv. Geschäftsführerin, Renewables Grid Initiative (RGI)</p> <p>Input: Paul Wilczek, Senior Political Affairs Advisor - Grid & Internal Electricity Market, European Wind Energy Association (EWEA)</p> <p>Input: Rotraud Hänlein, Referentin Strompolitik und Netze, Germanwatch</p> <p>Q&A</p>
ab 12.15	Mittagessen/Empfang